



Weiter nach vorn auf dem Weg der Abrüstung

Hat die Politik der Stärke diese erste Abrüstung zustande gebracht oder war es das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit? Ist die Rückkehr zur Vernunft gar ein Erfolg des Wahnsinns oder nicht doch der Vernünftigen?

So viele Faktoren auch immer die erste Abrüstungsvereinbarung ermöglicht haben — das neue Denken in der Sowjetunion, der Verlust an Glaubwürdigkeit beim Präsidenten der USA, vor allem die wirtschaftlichen Folgen der Hochrüstung —: der Doppelbeschluß gehört sicher nicht dazu. Dessen einziger nachweisbarer »Erfolg« ist die Stationierung neuer sowjetischer Atomraketen in der DDR und CSSR. Hingegen gehören auf jeden Fall zwei Faktoren zu den Ursachen der Abrüstungsvereinbarung:

1. Der Widerstand von mehr und mehr Menschen dagegen, daß mit immer stärkerer Rüstung immer weniger Sicherheit erlangt wird, und
2. die Einsicht, daß Sicherheit nicht voneinander, sondern nur gemeinsam erlangt werden kann.

Gewiß, es sind nur 3 Prozent der Nuklearwaffen, die jetzt abgerüstet werden, wenig genug. Aber es ist ein Einstieg in die Abrüstung. Auf diesem Weg muß es weiter nach vorn gehen. Jetzt müssen die Kernwaffen mit weniger als 500 Kilometer Reichweite verschwinden. Die Vertragsvorschläge für atom- und chemiewaffenfreie Zonen von SPD und SED liegen auf den Tischen. Die polnische Regierung hat Vorschläge zur konventionellen Stabilität gemacht. Nach und nach bricht sich der Gedanke Bahn, daß die Machtmittel der einzelnen Staaten möglichst ungeeignet zur Bedrohung und zum Angriff sein müssen. Das zeigt sich auch an dem wachsenden Interesse der Staaten des Warschauer Vertrages an den Vorschlägen der SPD für »strukturelle Nichtangriffsfähigkeit«.

Die gemeinsame Sicherheit kann zur Grundlage für den Aufbau einer europäischen Friedensordnung werden; verhindern wir den Rückfall in den Rüstungs-Wahnsinn!

Norbert Meisner
Stellv. Vorsitzender der Berliner SPD

Abschreckung und gemeinsame Sicherheit sind unvereinbar

Was noch vor wenigen Jahren als nahezu undenkbar erschien, ist heute fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden: Persönlichkeiten aus Ost und West, politische Parteien, Friedensinstitute und -organisationen, Kirchenvertreter suchen gemeinsam nach einer Alternative zum System der atomaren Abschreckung.

»Abschreckung und gemeinsame Sicherheit sind unvereinbar in ihren Mitteln«, heißt es in einem Papier des Hamburger Friedensforschungsinstituts, »Abschreckungspolitik arbeitet mit Druck, Drohung und Einschüchterung. Ihre fragwürdige Sicherheit resultiert aus dem gegenseitigen Griff an die Kehle des Gegners. Gemeinsame Sicherheit ist strikt defensiv konzipiert. Sie kennt keine Methoden und Instrumente der Zielverwirklichung, die legitime Interessen anderer Staaten verletzen«.

Am Anfang der »neuen Friedensbewegung« stand der Widerstand gegen jene neuen Strategien und der dazugehörenden Waffen, mit denen der Atomkrieg, auf Europa begrenzt, wieder »führ- bzw. gewinnbar« werden sollte. Nur wenige Friedensgruppen, wie z.B. die kirchlich orientierte Aktion Sühnezeichen oder die Pax Christi bzw. der holländische Interkirchliche Friedensrat, forderten schon damals: die Friedensbewegung dürfe sich nicht nur auf die neuen Waffensysteme fixieren, sie müsse vielmehr zu einer

grundsätzlichen Kritik an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung gelangen. Neuerdings haben eine bedeutende Anzahl kirchenleitender Gremien in den USA zugunsten eines neuen Sicherheitsbegriffes deutlich Stellung bezogen. Fast zeitgleich mit Gorbatschows Programm »Atomwaffenfrei ins Jahr 2000« veröffentlichten die Bischöfe der Methodistischen Kirche in den USA einen bemerkenswerten Hirtenbrief, in dem sie eine neue Ethik in den internationalen Beziehungen forderten, für die Einhaltung von SALT II und ABM, gegen SDI und für einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen eintraten. Kernsatz ihres Briefes ist die Feststellung: »Im Nuklearzeitalter kann es keine einseitige Sicherheit geben. Weil unsere Verwundbarkeit wechselseitig ist, muß auch unsere Sicherheit wechselseitig sein!«

Bernd Krebs
Christliche Friedenskonferenz
Regionalausschuß Berlin (West)